

Jobst | Geschichte der Ukraine

Reclam Sachbuch premium

Kerstin S. Jobst  
Geschichte der Ukraine

Reclam

Aktualisierte und erweiterte Neuauflage

RECLAMS UNIVERSAL-BIBLIOTHEK Nr. 14326

2010, 2015, 2022 Philipp Reclam jun. Verlag GmbH,

Siemensstraße 32, 71254 Ditzingen

Gestaltung: Cornelia Feyll, Friedrich Forssman

Umschlagabbildung: Demonstration am Brunnen der Stadtgründer von Kiew auf dem Maidan; Foto vom 5. Februar 2014. –

Guy Corbishley / Alamy Stock Photo

Kartenzeichnung: Inka Grebner

Druck und Bindung: Druckerei C.H.Beck

Bergerstraße 3–5, 86720 Nördlingen

Printed in Germany 2022

RECLAM, UNIVERSAL-BIBLIOTHEK und

RECLAMS UNIVERSAL-BIBLIOTHEK sind eingetragene

Marken der Philipp Reclam jun. GmbH & Co. KG, Stuttgart

ISBN 978-3-15-014326-1

Auch als E-Book erhältlich

[www.reclam.de](http://www.reclam.de)



# Inhalt

Vorwort 7

- 1 Die »Ukraine-Krise« 2014  
und ihre Vorgeschichte 18
- 2 Die Ukraine und ihre Erinnerungs-  
kulturen 51
- 3 Die ukrainischen Staatssymbole 69
- 4 Von der frühesten Zeit bis zur Entstehung  
der Kiever Rus' 72
- 5 Der Zerfall der Rus' in Teilfürstentümer –  
das Fürstentum Halyč-Volhynien 88
- 6 Die ukrainischen Länder als Teil Polens und  
Litauens 99
- 7 Kosakenzeit und Kosakenmythos 109
- 8 Die ukrainischen Länder unter russischer  
Herrschaft 127
- 9 Die ukrainischen Länder unter der Herrschaft  
des Habsburgerreichs 149
- 10 Die ukrainischen Länder im Ersten  
Weltkrieg 169
- 11 Die Zwischenkriegszeit (Polen, ČSR,  
Rumänien) 187
- 12 Die Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik  
(USRR) 200
- 13 Die ukrainischen Länder im Zweiten  
Weltkrieg 209
- 14 Die ukrainischen Länder nach dem Zweiten  
Weltkrieg 229

15	Das ukrainische »Traumagedächtnis«: <i>Holodomor</i> und Čornobyl’	241
16	Die Krim-Frage, die Annexion durch die Russländische Föderation 2014 und das Problem ethnischer Sondergruppen	260
17	Die Ukraine seit 2015	280
	Literaturhinweise	292

## Vorwort zur 2. Auflage 2015

»Die Ukrainer sind keine Russen«, so lautete die kategorische Feststellung des Wiener Osteuropahistorikers Andreas Kappeler im Dezember 2014 in seinem Beitrag in der österreichischen Tageszeitung *Der Standard* zur Ukraine-Krise. Der renommierte Forscher sah sich zu dieser Aussage gezwungen, da sich die Erkenntnis, dass es sich bei Ukrainern eben nicht um Russen handle, sondern um eine vom großen nördlichen Nachbarn trotz aller kulturellen, sprachlichen und historischen Berührungspunkte distinkte Nationalität, ganz offenbar in Teilen der deutschsprachigen Öffentlichkeit immer noch nicht durchgesetzt hat. Folgt man den seit dem Beginn der sog. Ukraine-Krise im Herbst 2013 geführten Debatten in Deutschland, der Schweiz oder auch Österreich, frappt nämlich in der Tat zumal bei einigen ehemals exponierten oder noch aktiven Politikern die Geringschätzung des von Russland unabhängigen ukrainischen nationalen Projekts, welches seit 1991 trotz aller Probleme besteht. Dennoch wird in deutschsprachigen Feuilletons und Talkshows das russische Vorgehen in der Ukraine häufig als legitim gedeutet; die Russländische Föderation habe demnach ein »Recht« auf eine exklusive »Einflusszone«, die das Territorium der 1991 auseinandergebrochenen Sowjetunion umfasse, so ist zuweilen zu hören. Diese Stimmen bewerten also den »Anspruch« der ehemaligen Weltmacht (und eines der größten Rohstofflieferanten der Welt) weitaus höher als den der Ukraine und ihrer Bürgerinnen und Bürger auf die Integrität ihrer staatlichen Grenzen und auf nationale Selbstbestimmung. Ein Grund für diese Einschätzung

liegt wohl darin, dass die Ukraine mit ihren Bewohnern für viele Menschen im westlichen Europa immer noch eine weithin unbekannte Weltgegend ist und dass in der Politik das Recht des Mächtigeren, des Stärkeren häufig akzeptiert und toleriert wird. In jedem Fall ist Folgendes festzuhalten: Die 2010 bei der Veröffentlichung der ersten Auflage der nun aktualisiert vorliegenden *Geschichte der Ukraine* im Vorwort geäußerte Hoffnung, dieses schöne und große, sich von den Karpaten bis an das Schwarze Meer erstreckende Land möge für die Westeuropäer nicht länger eine *terra incognita* sein, hat sich leider nur sehr partiell erfüllt. Dies gilt auch für die akademische Landschaft, denn es gibt immer noch keine Professur für Osteuropäische Geschichte im deutschsprachigen Raum, welche speziell diesem Gebiet gewidmet ist. Und wenn die Ukraine in den letzten Jahren in die Schlagzeilen geriet, dann zumeist weniger wegen positiver Neuigkeiten, wie beispielsweise anlässlich der alles in allem doch letztlich gut organisierten Fußballeuropameisterschaft 2012, die gemeinsam mit Polen ausgerichtet wurde. Im Westen wurde die Ukraine eher – und dies nicht ohne Grund – als Krisenland wahrgenommen; die schlechte wirtschaftliche Lage und die in der Inhaftierung der Oppositionsführerin Julija Tymošenko kulminierende politische Krise waren beständige Themen auch in deutschsprachigen Medien. Gleichwohl kam der Euromajdan, der im Herbst 2013 begann, den Wunsch vieler Ukrainerinnen und Ukrainer nach einem politischen Neubeginn auszudrücken und letzteren schließlich machtvoll einforderte, für viele Beobachter überraschend. Vieles ist im Fluss: Gegenwärtig versucht das gebeutelte Land abermals nach der letztlich gescheiter-



ten Orangen Revolution von 2004 einen Neuanfang. Dafür ist dem Land, aber auch Europa insgesamt viel Glück zu wünschen. Gerade die Europäische Union, welche der Ukraine nach 2004 nicht die notwendige Unterstützung gewährt hat, ist nun gefordert. Die vorliegende kleine aktualisierte Einführung in die Geschichte mag, so steht zu hoffen, das Verständnis für die Region und seine Bewohnerinnen und Bewohner wecken und die Kenntnisse über die Hintergründe der politischen Ereignisse erweitern.

Zahlreiche deutschsprachige Osteuropaforscher haben sich in den letzten fünfzehn Jahren allerdings mit einigem Erfolg bemüht, die Geschichte der ukrainischen Länder auch in unseren Breiten bekanntzumachen. Die von Andreas Kappeler 1994 veröffentlichte Monographie zur Geschichte der Ukraine oder der von Frank Golczewski ein Jahr vorher herausgegebene Sammelband zum gleichen Thema trugen dazu ebenso bei wie die Arbeiten Ernst Lüdemanns, Gerhard Simons oder Kathrin Boeckhs und Ekkehard Völks zur Entwicklung des Landes seit der Unabhängigkeit. Gemeinsam mit den englischsprachigen Werken Orest Subtelny und Paul Robert Magocsis (siehe Literaturhinweise) gehören diese Darstellungen zu den wesentlichen Überblicksdarstellungen. Der vorliegende Band berücksichtigt besonders die zahlreichen, oft widersprüchlichen historiographischen Diskurse. Diese Darstellung folgt im Wesentlichen einer zeitlichen Chronologie, die allerdings an einigen Stellen durchbrochen wird. Dem komplexen Thema des ukrainischen Opfergedächtnisses wird am Beispiel der ukrainischen Hungerkatastrophe zu Beginn der 1930er Jahre und des Reaktorunglücks von Čornobyľ genauso ein zeitübergreifendes Kapitel

gewidmet wie den nationalen Minderheiten. Vereinfachungen und Auslassungen der so viel komplexeren «eigentlichen» ukrainischen Geschichte sind diesem Vorhaben immanent, die deshalb zu erwartende Kritik ist anzunehmen. Ein ursprünglich beigegebenes Kapitel über die transnationale Prozesse so trefflich beleuchtende Literatur der ukrainischen Länder konnte (genauso wie ein ausführliches Literaturverzeichnis) aus verlagsinhaltlichen Gründen nicht in diesem Band berücksichtigt werden. Ich danke Herrn Dr. Rudolf A. Mark (Hamburg), Prof. Alois Woldan (Wien) sowie meinem Mann Dr. John Zimmermann für die Anregungen und die substantielle Kritik.

## Vorwort zur 3. Auflage

Ukraine / Ukraina / Україна (ukr.) / Украина (russ.)<sup>1</sup> – die Erwähnung der Ukraine ist seit dem 24. 2. 2022, dem Tag des völkerrechtswidrigen militärischen Angriffs russischer Truppen, ein Synonym für die Rückkehr des Kriegs nach Europa, erstmals seit den Jugoslawienkriegen in den 1990er Jahren. Ein Ende ist gegenwärtig nicht abzusehen. Ukrainer gleich welcher ethnischen, weltanschaulichen oder religiösen Zugehörigkeit und Muttersprache wollen diesen Krieg in ihrer übergroßen Mehrheit nicht. Sie beeindruckten die Welt durch ihren Widerstand und Mut. Das wurde schon im Juni 2019 deutlich, als es außerhalb des Don-

1 Dieses Vorwort basiert auf einem Vortrag, den ich am 8. Mai 2022 anlässlich des Gedenkens des Kriegsendes 1945 im Parlament des Landes Brandenburg gehalten habe.

bass nach der Verteilung russischer Pässe an die dortigen Einwohner vergleichsweise ruhig blieb oder im Frühjahr 2021, als die Russländische Armee ungeachtet internationaler Proteste ihre Truppen in den annektierten Gebieten zusammenzog.

Viele Europäer hatten lange geglaubt, dass klassische Kriegshandlungen (anders als etwa die viel diskutierten hybriden Auseinandersetzungen der letzten Jahrzehnte) auf ihrem Kontinent nicht mehr möglich seien. Kriege, so eine verbreitete Annahme, würden woanders geführt. Mit der Aufnahme Flüchtender, vor allen Dingen aus Syrien, dem Irak und Afghanistan, seit 2015 meinte man, schon genug getan zu haben. Nach der ersten Phase großer Hilfsbereitschaft wurden die religiös und kulturell meist als fremd wahrgenommenen Ankömmlinge zunehmend als Last empfunden oder schlicht ignoriert. Die Ukrainer hingegen mit ihrem christlichen, meist orthodoxen Hintergrund ließen sich mental weitaus schwerer auf Distanz halten, auch wenn die meisten in der Europäischen Union sich nicht wirklich für den ›Osten‹ interessierten; selbst nach der Krim-Annexion 2014 und dem Beginn der Kämpfe in der Region Donec'k änderte sich nicht viel daran.

Seit Februar 2022 lässt sich die Realität aber nicht mehr verdrängen, der Krieg in und um die Ukraine ist unübersehbar nach Europa gekommen bzw. zum Glück für die allermeisten von uns nur in unsere Wohnzimmer. Viele Europäer, damit sind diejenigen gemeint, die das Glück haben, über eine EU-Staatsbürgerschaft und entsprechende Ausweispapiere zu verfügen, reagierten mit einer nicht für möglich gehaltenen Hilfsbereitschaft. Sie stellten Unterkünfte bereit, sammelten Geld und Kleidung oder demons-

trierten (wenn sie denn demonstrieren durften) gegen den durch nichts zu rechtfertigenden kriegerischen Einfall einer Großmacht in einen friedlichen Nachbarstaat. Es steht zu hoffen, dass diese Hilfsbereitschaft so lange anhält, wie sie notwendig ist. Angesichts des bereits jetzt sichtbaren unvorstellbaren Ausmaßes der Zerstörungen wird das sehr lange sein.

Die Ukraine ist kein kleines Land, sondern nach der Russländischen Föderation der zweitgrößte Staat Europas. Mit über 44 Millionen Einwohnern leben dort mehr Menschen als in Polen mit seinen knapp 38 Millionen. Polen wie Russland sind der Ukraine historisch im Guten wie im Schlechten eng verbunden, vollzog sich die ukrainische Nationswerdung doch in Abgrenzung zu diesen beiden Nationalitäten, wie in diesem Buch dargestellt wird (vgl. die Kapitel 8 und 9). Doch während sich Polen in der durch Russland ausgelösten Krise 2022 als Partner und Unterstützer der Ukraine erweist, ist die Russländische Föderation der unerbittliche Aggressor gegenüber dem in (post-)sowjetischer Zeit als Brudervolk titulierten Nachbarstaat. Die Europäische Union tat sich nach dem Zerfall der Sowjetunion einigermaßen schwer, diesen neuen Staat zur Kenntnis zu nehmen. Was hat sich daran seit dem 24.2.2022 geändert, außer mannigfachen Solidaritätsbekundungen? Dieser Frage gehe ich in dem für die dritte Auflage von 2022 hinzugefügten 17. Kapitel nach.

Was festzuhalten ist: Die Ukraine ist einer europäischen Öffentlichkeit nicht mehr so fremd wie noch 1991, als sie am 1. Dezember nach einer Volksabstimmung ihre Eigenstaatlichkeit erklärt hatte. Als ich Anfang der 1990er Jahre meine Doktorarbeit über die nationale Frage im habsburgischen

Galizien (in der heutige Westukraine) verfasste, musste ich selbst historisch bewanderten Menschen erklären, was es mit diesem Land – immer noch im deutschsprachigen Raum häufig als »Ukreine« ausgesprochen statt »Ukraine« – auf sich hatte. 2010 hatte ich in der ersten Auflage der *Geschichte der Ukraine* die Hoffnung geäußert, dass die Ukraine für Europa nicht länger eine Terra incognita bleibe. Als 2015, also nach der Annexion der Krim sowie der Bildung der sogenannten Volksrepubliken Luhan'sk und Donec'k (siehe Kapitel 16), die 2. erweiterte Auflage erschien, fügte ich einige Passagen hinzu, denn das Interesse stieg angesichts der Ereignisse. Doch die Ukraine blieb ›am Rande‹. Die nunmehr vorliegende und abermals aktualisierte dritte Auflage wurde (außer um dieses Vorwort) um ein Kapitel erweitert, welches die Ereignisse von 2015/2016 bis Frühjahr 2022 behandelt. Gerne hätte ich auf diese notwendig gewordene Erweiterung verzichtet, ist sie doch das Resultat von Krieg und Vernichtung ...

Ukraina, das bedeutet ›am Rande‹, bezeichnet also eine Mark, wie man sie auch aus anderen Weltgegenden kennt; im deutschen Sprachraum sei auf die Mark Brandenburg oder die Steiermark verwiesen. ›Am Rande‹ – das bedeutete in der historischen Genese buchstäblich eine Existenz abseits der politischen und ökonomischen Zentren. Eine Existenz in der Peripherie stellt aber nicht unbedingt einen Nachteil dar, denn abseits des direkten Zugriffs der Macht ergeben sich oftmals Freiräume für die dortige Bevölkerung. Im Kontext der Ukraine gibt es ein sehr populäres Beispiel, die Kosaken nämlich (vgl. Kapitel 7). Die sogenannte Kosakenfreiheit ist nationaler ukrainischer Mythos geworden. Dabei waren diese zum Sinnbild des Ukrainer-

tums gewordenen Bewohner dieser Region ›am Rande‹ ethnisch keinesfalls homogen oder bereits nationalbewusste Ukrainer, denn Nationen im heutigen Sinne begannen sich erst später auszubilden. In diesem Land der Freiheit – der Zaporoger Sič, dem Land hinter den Stromschnellen des Dnepr – vereinigten sich Menschen unterschiedlicher Herkunft und Religion. Dort lebten Slaven, Muslime, Juden etc. Gleichwohl wird ein Ursprung des sich ausbildenden ukrainischen Sonderbewusstseins dort verortet. Es entstand ein Sonderbewusstsein abseits russischer und, wie bereits erwähnt, auch polnischer Identitätsbildungen. Kosaken sind, wie gezeigt wird, nur ein Beispiel dafür, woraus sich die Vorstellung eines distinkten Ukrainertums und der heutigen ukrainischen Nation speist. Das mittelalterliche Fürstentum Halyč wäre ein anderes oder die mittelalterliche Kiever Rus', eine erste altostslavische Staatlichkeit. Sie gilt gleichermaßen als Wiege der weißrussischen, allerdings weniger leidenschaftlich umkämpft, der ukrainischen und der russischen Staatlichkeit. Wem gehört also die Rus'? Solche Debatten über Herkunft und Dignität der älteren und damit angeblich würdigeren Abstammung sind aus anderen Kontexten und Weltgegenden bekannt, sie sind keine ukrainische oder russische Besonderheit. Gegenwärtig haben politisch interessierte Menschen in Europa vermutlich nicht den Eindruck, die Ukraine liege ›am Rande‹, so präsent ist das Thema in den Medien, im Moment zumindest. Das Interesse, das lehrt die Erfahrung an Krieg und Kriegsverbrechen enormen Ausmaßes, erlahmt schnell. Wenn man der offiziellen russischen Diktion folgt, gibt es in der Ukraine gar keinen Krieg: Im Zusammenhang mit dem Überfall auf die Ukraine ist diese Bezeichnung verboten, und die Ab-

weichung von dieser Diktion wurde unter Strafe gestellt. Im Kreml spricht man lieber euphemistisch von einer »Spezialoperation«. Tod, Zerstörung, Leid – die Ukraine liegt 2022 eindeutig nicht »am Rande«. Sie ist wieder einmal mittendrin, wie bereits in dem vom nationalsozialistischen Deutschland entfesselten Zweiten Weltkrieg, von dem ukrainische Gebiete neben den polnischen und weißrussischen am schwersten betroffen waren. 2022 ist unübersehbar: Die Ukraine steht abermals im Mittelpunkt eines sich als Zentrum der Kultur und der Zivilisation verstehenden Europa, das ein ums andere Mal das Bestreben der Ukraine nach einem Beitritt in die Union bestenfalls dilatorisch behandelt hat (vgl. Kapitel 1). Sicher hatten Politiker und Politikerinnen Gründe dafür, die Aufnahme der Ukraine zu verzögern, aber waren diese in der Rückschau stichhaltig? Nicht erst seit dem 24. 2. 2022 stellt sich die Frage, warum Russlands Verletzungen des Völkerrechts 2008 in Georgien und 2014 in der Ukraine so wenig politische Konsequenzen hatten.

2010 lautete meine Erklärung, dass die Ukraine auf der mentalen Landkarte Europas immer noch eine Terra Incognita sei. Sie musste bis Februar 2022 nicht revidiert werden. Immer noch bleibt die Frage, warum die meisten EuropäerInnen so erstreckend wenig über dieses Land wissen, das eben nicht »am Rande«, sondern mitten in Europa liegt. Woran dachten Europäer bei der Nennung der Ukraine vor dem 24. 2. 2022 oder vielleicht sogar noch früher, im Februar und März 2014, also nach der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim? Vielleicht an wogende Weizenfelder unterhalb einer strahlenden Sonne und damit an die ukrainischen Landesfarben Blau-Gelb? Die durch den Krieg aus-

bleibenden Getreidelieferungen sind in jedem Fall gegenwärtig ein globales Thema, ist die Ukraine doch einer der größten Getreideexporteure der Welt. Die Angst von einer globalen Hungerkatastrophe geht um. Alte und neue Akteure ukrainischer Herkunft tauchen in den Medien auf: Die Gebrüder Kličko stehen mittlerweile für den ukrainisch-russischen Konflikt, ihre ersten Karrieren machten sie allerdings als Weltklasseboxer. Liebhaber des Eurovision Song Contest sind nicht nur Ruslanas »wilde Tänze« (vgl. Kapitel 1) ein Begriff, sondern auch die Krimtatarin Jamala, die 2016 mit ihrem Beitrag »1944« den Wettbewerb gewann. Das Lied handelte von der Deportation der krimtatarischen Bevölkerung nach Zentralasien durch die Sowjets. 2022 gewann das Kalush Orchestra mit einem wieder einmal auf ukrainischer Volksmusik basierenden Lied, das Rap-Elemente einsetzt; diese Erfolge nur als anti-russischen Reflex zu deuten, ignoriert die Qualität beider Beiträge.

Was weiß Europa darüber hinaus über die Kunst und Kultur der Ukraine? Bei der Erwähnung des Namens Ševčenko denken einige vielleicht an den ukrainischen Ausnahmefußballer Andrij Ševčenko statt an Taras Hryhorovyč Ševčenko (1814–1861). Dieser war sozusagen der ukrainische Goethe, ein von seinen Freunden und von Künstlern aus der Leibeigenschaft freigekaufter Maler und Dichter. Welche in Westeuropa aufgewachsenen Leser kennen Ivan Franko, Lesja Ukrainka oder Andrej Kurkov, der auf Russisch schreibt, aber ein überzeugter Ukrainer ist? Was ist mit Serhij Zhadan, Jurij Andruchovyč oder mit Oksana Zabuško?

Der Krieg um die und in der Ukraine dauert zum Zeitpunkt der Finalisierung dieses Manuskripts an. Die häufig



gestellte Frage an Fachleute, ob mit Putins Angriff auf die Ukraine zu rechnen gewesen war, kann nicht final beantwortet werden; zumindest nicht von einer Historikerin, deren Kernkompetenz in der Deutung der Vergangenheit liegt. Für viele kam der Angriff überraschend, hatte man doch trotz kontroverser Debatten mit der Rationalität des Kremls und Putins gerechnet, denn Kriege sind verlustreich und für jede Volkswirtschaft sehr teuer. Nicht nur ich habe mich geirrt, da ich letztlich auf Putins Vernunft gesetzt hatte, die gegen einen Waffengang gesprochen hätte. In der Rückschau waren die Zeichen an der Wand aber unübersehbar. Vladimir Putin hatte seit Jahren ohne Unterlass betont, dass es keine von Russland unabhängige Staatlichkeit der Ukraine gebe und geben dürfe, so in seinem im Juli 2021 veröffentlichten Aufsatz mit dem Titel »Zur historischen Einheit von Russen und Ukrainern«. Darin bestritt Putin die Existenz der Ukraine als eigenständige Nation und behauptete, dass die ukrainische Regierung von westlichen Verschwörern gesteuert sei. Zur Wahrheit gehört, dass viele, aber nicht alle Einwohner der Russländischen Föderation der Diktion ihres Präsidenten folgen. Dennoch, ein friedliches ukrainisch-russisches Miteinander erscheint gegenwärtig nicht vollstellbar.

Wien, im Juni 2022

## Kapitel 1

# Die »Ukraine-Krise« 2014 und ihre Vorgeschichte

Gegenwärtig befindet sich der ukrainische Staat in der schwierigsten Situation seit Erlangung seiner Unabhängigkeit im Jahr 1991. Es ist sogar berechtigt zu konstatieren, dass die ukrainischen Länder, d.h. die Territorien der ehemaligen Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik (USSR), welche bis zum März 2014 die Ukraine bildeten, seit dem Zweiten Weltkrieg (vgl. Kapitel 13) keine größere Krise durchlebten. Und dies, obwohl die Jahre nach der Befreiung von den nationalsozialistischen Besatzern seit 1944 alles andere als leicht gewesen waren: Die weitläufigen Zerstörungen durch Kampfhandlungen, die rücksichtslose, auch wirtschaftliche Ausbeutung der sog. Kornkammer Europas und der gnadenlose Vernichtungskrieg, mit dem die Deutschen und ihre Verbündeten die ukrainischen Länder genauso überzogen wie die übrigen Territorien der UdSSR, derer sie Herr werden konnten, hatten eine unvorstellbare Schneise der Verwüstung geschlagen. Auf Bevölkerungstransfers großen Ausmaßes im Weltkrieg (so 1941, als sog. Russlanddeutsche auch auf dem Gebiet der USSR von den sowjetischen Behörden umgesiedelt wurden), den nationalsozialistischen Judenmord sowie die Verschleppung sowjetischer Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter für den Arbeitseinsatz im Deutschen Reich folgten großangelegte und brutal durchgeführte Deportationen seitens der sowjetischen Macht, die heutzutage als ethnische Säuberungen qualifiziert werden würden.

Diese von Stalin angeordneten Maßnahmen betrafen beispielsweise die krimtatarischen Muslime (vgl. Kapitel 16) oder die Polen in den neu der UdSSR zugeschlagenen Gebieten in der Westukraine, die in der Zwischenkriegszeit zum polnischen Staat gehört hatten. Es folgten die schweren Jahre des Wiederaufbaus und der neuerlichen politischen Pressionen von 1948 bis zu Stalins Tod im Jahr 1953. In den nächsten Jahrzehnten durchlebte die ukrainische Sowjetrepublik im Wesentlichen alle Höhen und Tiefen, welche die UdSSR als Gesamtorganismus durchlief – die sog. Tauwetterperiode nach 1956 (vgl. Kapitel 14), die Erlangung eines gewissen gesamtgesellschaftlichen Wohlstandes, welcher den Krieg nicht vergessen machen konnte, aber die klaffendsten Wunden wenigstens etwas zu schließen vermochte. Es folgten die ›bleiernen‹ Jahre der späten Brežnev-Zeit, die auch für die ukrainischen Territorien eine Phase der politisch-gesellschaftlichen Stagnation darstellten. Einen gemeinschaftlichen Aufbruch bedeutender Teile der ukrainischen Bevölkerung wie der Sowjetunion insgesamt bewirkte erst eine Katastrophe, nämlich der Reaktorunfall von Čornobyl' im April 1986 (vgl. Kapitel 15). In der Rückschau markierte dieser technische ›Größte Anzunehmende Unfall‹ (GAU) ein nicht gering zu schätzendes Ereignis, das den Zerfall des Vielvölkerstaates zumindest beschleunigte.

Die Ukraine, so viel mag deutlich geworden sein, war auch schon vor 2014 keinesfalls eine Insel der Seligen, sondern ein Gebiet in der Mitte Europas, welches historisch immer Durchzugs- und Interessengebiet auswärtiger Akteure gewesen ist. Dies ist ein Grund dafür, dass erst nach dem Zerfall der Sowjetunion eine unabhängige Ukraine

entstehen konnte, der eine längere Lebensdauer beschert ist als deren Vorgängerprojekten. Trotz aller Widrigkeiten ist die Ukraine – von den drei baltischen Republiken einmal abgesehen – derjenige aus der Erbmasse der UdSSR hervorgegangene Staat, welcher in den Jahren seit 1991 am konsequentesten den Weg zur Demokratie zu beschreiten versuchte. Das zeigte sich nicht zuletzt in den Ereignissen im Dezember 2004, als das alte Regime nach gefälschten Präsidentenwahlen auf Druck großer Teile der Bevölkerung hinweggefegt wurde; dass dieser dann als Orange Revolution bezeichnete Umsturz keine Revolution gewesen ist, darauf wird noch zurückzukommen sein. In jedem Fall hatten sich Ansätze einer profunden zivilgesellschaftlichen Entwicklung gezeigt, denn ukrainische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger gleich welcher ethnischen Herkunft hatten ihr eigenes politisches »Personal« zu einem Politikwechsel gezwungen. Leider sollte dieses Personal in der Folge nicht immer die richtigen Weichenstellungen treffen. Unter anderem deswegen kam es zu der sog. Ukraine-Krise 2014, die eben auch – aber nicht nur – als eine Art Bürgerkrieg anzusehen ist. Doch der Reihe nach:

Am 21. November 2013 hatte der ukrainische Ministerpräsident Mykola Azarov die Aussetzung des bereits im Sommer 2012 paraphierten Assoziierungsabkommens zwischen der Europäischen Union und der Ukraine verkündet, das einige Tage später bei einem Treffen der EU-Regierungsspitzen mit dem seit 2010 amtierenden ukrainischen Präsidenten Viktor Janukovyč im litauischen Vilnius feierlich hätte unterzeichnet werden sollen. Der Präsident reiste zwar an und erklärte sein ungebrochenes Interesse

daran, sein Land näher an die EU zu binden, verlangte aber eine Beteiligung der Russländischen Föderation an diesem Abstimmungsprozess, was Brüssel seinerseits ablehnte. Das politische Europa zeigte sich bass erstaunt über das Vorgehen Kiews, weil man im Assoziierungsabkommen für das osteuropäische Land auf längere Sicht nur Vorteile erkennen wollte, versprach es doch Freihandelselemente sowie eine wechselseitige Marktöffnung für Waren. Kurzfristig hätte es gleichwohl, dies war vielen Beobachtern durchaus klar, zu gewissen Problemen in der seit der Krise von 2008 ohnehin gebeutelten ukrainischen Wirtschaft führen können. Die von der EU geforderte Anpassung an die eigenen Gesetze und Normen war dennoch eine Kröte, die zu schlucken war. Die für die ukrainische Seite so wichtige Visumsfreiheit ihrer Staatsbürger bei Reisen in die EU war außerdem nicht Bestandteil der Vereinbarungen gewesen, obgleich man diese umgekehrt für EU-Bürger bereits 2005 eingeführt hatte. Immerhin: Wenn die Ukraine sich denn an europäische Standards angepasst hätte, sollte ihr dereinst der Status eines EU-Beitrittskandidaten zuerkannt werden; dies war insofern bemerkenswert, als die Möglichkeit einer ukrainischen Mitgliedschaft im exklusiven europäischen Klub lange Zeit für dessen politische Verantwortliche undenkbar gewesen war. Vielen europäischen Politikern (und vielen Bürgern der EU!) galt (und gilt) dieser Staat als »zu wenig« europäisch, ungeachtet seiner geographischen Lage und seiner großen kulturellen Leistungen etwa auf dem Gebiet der Literatur, oder als wirtschaftlich zu rückständig, was allerdings bei der Integration anderer Länder Südosteuropas in die EU offenbar keine Rolle gespielt hatte. Mancher Europäer fürchtete zu-

dem in Anbetracht der innerhalb der Union garantierten Arbeitnehmerfreizügigkeit den ungebremsen Zuzug ukrainischer Bürgerinnen und Bürger, was in vergleichbaren Fällen der Osterweiterung von 2004 aber durch entsprechende Regelungen gelöst worden war.

Besonders im deutschsprachigen Raum sprach und spricht sich eine meinungsstarke Gruppe zumeist nicht mehr aktiver Politiker wie die ehemaligen deutschen Bundeskanzler Helmut Schmidt, Helmut Kohl oder Gerhard Schröder demgegenüber für die – nach ihrer Auffassung – Wahrung legitimer russischer Interessen aus. Im veröffentlichten Diskurs werden die ehemaligen Kanzler zumeist euphemistisch als »Russlandverstehler« bezeichnet; letztlich sind diese aber der Auffassung, dass die Anerkennung doch ebenfalls legitimer ukrainischer Interessen, über wirtschaftliche, politische oder militärische Bündnisse selbständig entscheiden zu können – seien es Mitgliedschaft in der Europäischen Union oder in der NATO –, irgendwie unangemessen sei. Unangemessen deshalb, da die freie Entscheidung eines unabhängigen Staates wie der Ukraine dann geringer zu veranschlagen sei als die Interessen der Russländischen Föderation. Dabei wird offenbar vergessen, dass sich die Sowjetunion im Dezember 1991 mit der Deklaration von Alma-Ata/Almaty aufgelöst hat.

Auch wenn die »Argumente« der sog. Russlandverstehler also problematisch erscheinen, unstrittig ist, dass die Russländische Föderation die Annäherung der Ukraine an die EU mit Misstrauen begleitete – und mit konkreter Politik zu verhindern trachtete: Seit Sommer 2013 behinderte die Russländische Föderation in erprobter Manier – wie etwa im Falle Georgiens im Vorfeld des russisch-georgi-

schen August-Krieges von 2008 – die Einfuhr ukrainischer Waren, drohte mit Preiserhöhungen für russisches Erdgas oder der Einführung der Visumpflicht für ukrainische Staatsbürger. In Anbetracht ca. 300 000 bis 400 000 ukrainischer ›Gastarbeiter‹ in Russland und ungezählter grenzüberschreitender menschlicher Kontakte war das für Kiev ein bedrohliches Szenario. Hinter dieser Politik der Einschüchterung stand zum einen die nicht nur in Kreml-Kreisen, sondern bei der ganz überwiegenden Zahl der russischen Bevölkerung stark ausgeprägte Überzeugung, bei den Ukrainern handle es sich letztlich (wie auch bei der quantitativ sehr viel kleineren weißrussischen Nationalität) um einen integralen Bestandteil der ostslavischen Völkerfamilie (vgl. Kapitel 2). Zum anderen galt es, ganz pragmatisch vermeintlich vitale wirtschaftliche Interessen Russlands zu verteidigen: Das Regime Putin plante bekanntlich seit längerem, die Ukraine zum Beitritt in die Russisch-Weißrussische-Kazachische Zollunion zu bewegen. Der ukrainische Präsident Janukovyč, ohnehin mehr an Moskau als an Brüssel orientiert, hatte seinerseits offenbar lange geglaubt, die Ukraine könne zweigleisig fahren. Er wurde allerdings im Herbst 2013 u. a. vom Präsidenten der EU-Kommission, José Manuel Barroso, eines Besseren belehrt, was die schließlich erfolgte Verweigerung der Unterzeichnung des Abkommens mit Brüssel am 21. November nicht unwesentlich beeinflusst haben dürfte.

Was Janukovyč und die ihn umgebende Nomenklatura aber genauso wenig erwarteten wie Beobachter im Ausland, waren die spontanen Reaktionen in vielen Teilen der Ukraine: Noch am selben Tag kam es in der Hauptstadt Kiev auf dem Unabhängigkeitsplatz (ukr.: Majdan Neza-

ležnosti) zu ersten Demonstrationen gegen die Regierung und für die politische Annäherung an die Europäische Union. In den nächsten Wochen und Monaten folgten trotz eisiger Temperaturen weitere machtvolle Kundgebungen für einen europafreundlichen Kurs. Vor allem im Zentrum des Landes und im insgesamt stärker ukrainisch-national geprägten Westen sprachen sich die Massen für die Unterzeichnung des Abkommens mit Brüssel aus. Die Menschen verbanden damit nicht nur die Hoffnung auf eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage, sondern auch auf demokratische Standards und eine größere Rechtssicherheit; insbesondere das Thema der Korruption trieb die Bevölkerung um. Im Osten, vor allen Dingen in den Regionen von Donec'k und Luhans'k, kam es zu ganz anders gearteten Aufmärschen: Hier war die Beteiligung geringer als im Westen, wesentlich war aber deren meist anti-europäische oder auch pro-russische Tendenz.

Im Unterschied zu der bereits erwähnten Orangen Revolution von 2004 erwies sich die bald als Euromajdan (ein Kompositum aus »Europa« und »Majdan«, s. o., wohl ursprünglich erstmalig als Hashtag auf Twitter verwandt) apostrophierte Bewegung nicht gewaltarm, was nicht zuletzt dem rücksichtslosen Einsatz der Sicherheitskräfte einschließlich der dem Innenministerium unterstellten Spezialeinheit »Berkut« (ukr.: Steinadler) zuzuschreiben ist. Schnell zeigte sich, dass die Mehrheit der Demonstranten und ihrer Unterstützer keineswegs allein für die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens mit der EU auf die Straße gingen und dafür bei frostigen Temperaturen den zentralen Kiever Platz – eben den Majdan – besetzt hielten, sondern dass sie grundsätzliche Veränderungen



der politischen Lage verlangten. Zentral waren die Forderung nach dem Rücktritt Janukovyčs und seiner Regierung sowie die Rückkehr zur sog. Orangen Verfassung, welche seinerzeit die präsidentiale Macht beschränkt hatte. Man wollte den Einfluss der Oligarchen beschnitten sehen, auf deren Unterstützung das System Janukovyč mit seiner »Partei der Regionen« rechnen konnte und das die schamlose Bereicherung der ihm nahestehenden politischen Kaste garantierte. Und man wollte endlich die Implementierung rechtsstaatlicher Verhältnisse, von denen man sich seit 2010 eher wieder entfernt hatte. Ein besonderes Ärgernis war (und ist) die alltägliche Korruption: Laut dem Bericht der Antikorruptionsorganisation Transparency International von 2014 rangiert die Ukraine auf dem 142. Platz von 175 erfassten Ländern weltweit.

In der Summe darf die Bilanz des Präsidenten Janukovyč nicht einmal als durchwachsen gelten, zumal er selbst seine politischen Unterstützer im Osten des Landes nicht wirklich zufriedengestellt hatte: Seine Versprechen etwa, die (mit Ausnahme der Halbinsel Krim) strikt zentralverwaltete Ukraine zu föderalisieren und damit den Regionen mehr Entfaltungsmöglichkeiten zu bieten, waren genauso wenig umgesetzt worden wie die besonders in den russischsprachigen Regionen von Donec'k und Luhans'k sehnsüchtig erwartete Zusage, das Russische zur zweiten Staatssprache zu machen. Nur in wenigen Gebieten, in denen das Russische aber ohnehin schon dominierte, erhielt es den Status der zweiten Amtssprache. Die Wirtschaft erholte sich kaum, zumal der von Moskau diktierte Gaspreis nicht so stark gesunken war wie erhofft, auch wenn sich das Verhältnis zu Russland, wie schon angedeutet, allmäh-